

Daniel Stadlin

Stellungnahme zum Entlastungsprogramm 2015-2018: Paket 2, Rahmenbeschluss Gesetzesänderung

Vorlage 2569

Die Finanzen unseres Kantons kennen zurzeit nur eine Richtung: Abwärts. Seit 2013 haben wir rückläufige Steuerträge bei gleichzeitig wachsenden Ausgaben. Wirtschaftlich stehen uns harte und fiskalisch magere Jahre bevor. Wird nicht möglichst rasch Gegensteuer gegeben, gerät unser Finanzhaushalt ausser Rand und Band. Eine auf mehr Mass und Weitsicht ausgerichtete Finanzpolitik ist dringend nötig. Bisher kann davon nicht wirklich die Rede sein, weniger ausgeben trifft es eher. Zumal auch mit dem Entlastungsprogramm bis Ende 2019 ungedeckte operative Kosten von über 500 Mio. Franken geplant sind. Unser Finanzproblem ist riesig. Schon sind die Umriss des Pleitegeiers am Horizont erkennbar, bereit über unseren Kanton zu kreisen. Die Ausgabendynamik muss zusätzlich möglichst rasch gestoppt und auf eine finanzierbare Grösse gebracht werden. Dazu ist das Ausgabenniveau mittelfristig über das jetzige Entlastungsprogramm hinaus um weitere 100 Mio. Franken zu reduzieren. Die desolante Finanz-Perspektive lässt uns keine andere Wahl. Dies zu negieren hiesse „Vogel Straus-Politik“ zu betreiben und die Einengung unseres finanziellen Spielraumes bewusst in Kauf zu nehmen oder eine Steuererhöhung zu erzwingen. Bevor wir jedoch ernsthaft über Steuererhöhungen nachdenken, müssen die Ausgaben erst einmal zurückgefahren und wieder näher an die Einnahmen herangeführt werden. Denn es sind vor allem die überbordenden Ausgaben, die den Finanzhaushalt in Schiefelage gebracht haben und nicht wie von linker Seite moniert, die über alle Einkommensklassen tiefen Steuern. Und schon gar nicht Steuergeschenke an Reiche und weniger Reiche. Schenken kann man nur, was einem gehört. Der Staat kann also nicht Steuern schenken, denn diese gehören ja den Steuerzahlenden. Sie sind es, die einen Teil ihrer Einkünfte dem Staat überlassen, damit dieser im gemeinsamen Interesse öffentliche Aufgaben wahrnehmen kann. Und da die Steuern bis vor vier Jahren überaus reichlich flossen, wurde halt auch überaus reichlich ausgegeben und zwar in allen sieben Direktionen. Heute haben wir mehr Ausgaben als Einnahmen – wir leben zusehends über unsere Verhältnisse.

Die Grünliberalen unterstützen das vom Regierungsrat vorgesehene zweite Paket des Entlastungsprogramms. Die vorgeschlagenen Massnahmen sind unser Erachten massvoll und ausgewogen. Die Einsparungen wie auch der Leistungsabbau sind jedenfalls weit weg von irgendwelcher „Sparwut“, bewegen sie sich doch mehrheitlich im Komfortbereich des „Zuger-Finish“. Und diesen können wir uns je länger je weniger leisten. Eine Reduktion der Ausgaben kombiniert mit einer moderaten Steigerung der Einnahmen durch eine Erhöhung von leistungsabhängigen Gebühren, ist in der heutigen finanzpolitischen Situation unseres Kantons einfach unumgänglich. So ist es entscheidend, dass die dem Entlastungsprogramm zugrundeliegende Opfersymmetrie, auch wenn sie keine lineare ist, nicht zu Gunsten von Partikularinteressen aufgebrochen wird. Nur wenn sämtliche Massnahmen als Teil des übergeordneten Ganzen realisiert werden, erreicht das Entlastungsprogramm seinen Zweck und kann die erhoffte Wirkung entfalten. Das Prinzip „Sparen ja, aber nicht in unserem Bereich“ darf heute nicht das Tagesmotto sein. Das Gesamtwohl verträgt keine Klientelpolitik. Natürlich wird die eine oder andere Massnahme einzelne durchaus hart treffen. Insbesondere die Kürzung der Ergänzungsleistungen zur AHV und IV. Hier eine Korrektur zu machen, ist sicher angebracht. Ferner schießt bei der konzessionierten Schifffahrt auf dem Zuger- und Ägerisee, immerhin das wichtigste touristische Angebot im

Kanton, die Erhöhung des Kostendeckungsgrads über das Ziel hinaus. Und den Kulturlastenausgleich nur in ein anderes Konto zu verschieben, trägt nichts zum Sparen bei. Gleichwohl. Auch nach Umsetzung des Entlastungsprogramms bietet der Kanton Zug sehr gute Dienstleistungen, die weiterhin über dem Niveau der meisten anderen Kantone sind. Wir müssen also kein schlechtes Gewissen haben, wenn wir den Massnahmen grundsätzlich in der regierungsrätlichen Fassung zustimmen. Das ist in keiner Weise unsozial, sondern einfach der Situation geschuldeter Pragmatismus zur Sicherung der finanziellen Handlungsfähigkeit unseres Kantons. Denn wir müssen aufpassen, dass am Schluss das Geld nicht für jene fehlt, die wirklich der helfenden Hand des Staates bedürfen.

Geschätzte Kolleginnen und Kollegen. Wir alle haben ein vitales Interesse an einem gesunden und ausgeglichenen Staatshaushalt. Nehmen wir unsere Verantwortung wahr, überwinden wir ideologische Barrieren und bilden heute eine Allianz der finanzpolitischen Vernunft.